



2. Sitzung

am Dienstag, dem 8. Oktober 2013, 10.00 Uhr,
in München

Geschäftliches.....	20	Thomas Kreuzer (CSU).....	20 27 28
Geburtstagswünsche für die Abgeordnete		Markus Rinderspacher (SPD).....	20
Claudia Stamm	20	Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER).....	23
Wahl des Ministerpräsidenten		Margarete Bause (GRÜNE).....	25 28
		Ministerpräsident Horst Seehofer.....	28 28 29
		Schluss der Sitzung.....	31

(Beginn: 10.01 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 2. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie wurde wie immer vorab erteilt. Die Sitzung wird von Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks unmittelbar übertragen. Dafür sage ich ein herzliches Dankeschön.

Ich darf unsere Ehrengäste auf der Ehrentribüne und alle Gäste, die dieser Sitzung beiwohnen, ganz herzlich begrüßen. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten – auch das gehört zur Gepflogenheit des Hauses –, darf ich einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen, und zwar an Claudia Stamm. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe den einzigen **Tagesordnungspunkt** der heutigen Sitzung auf:

Wahl des Ministerpräsidenten

Zunächst darf ich die einschlägigen Bestimmungen der Bayerischen Verfassung verlesen. Artikel 44 Absätze 1 und 2 der Bayerischen Verfassung lauten:

(1) Der Ministerpräsident wird von dem neu gewählten Landtag spätestens innerhalb einer Woche nach seinem Zusammentritt auf die Dauer von fünf Jahren gewählt.

(2) Wählbar ist jeder wahlberechtigte Bayer, der das 40. Lebensjahr vollendet hat.

Hinsichtlich der Durchführung der Wahl verweise ich auf die §§ 41 bis 44 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag. Ich bitte nunmehr um den Vorschlag für die Wahl des Ministerpräsidenten. Hierzu erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der CSU, Herrn Kollegen Kreuzer, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich schlage im Namen der CSU-Fraktion den bisherigen Ministerpräsidenten und das Mitglied des Bayerischen Landtags Horst Seehofer vor.

(Beifall bei der CSU)

Horst Seehofer ist von der CSU-Landtagsfraktion einstimmig nominiert worden. Er genießt aber auch das Vertrauen der bayerischen Bevölkerung, wie die Landtagswahl bewiesen hat. Die Bevölkerung war of-

fensichtlich mit seiner Arbeit der letzten fünf Jahre zufrieden und traut ihm auch eine hervorragende Arbeit in den nächsten fünf Jahren zu. Wie alle Umfragen bewiesen haben, geht das Vertrauen zu ihm auch über den Kreis der Wähler der CSU hinaus. Ich sage dies gerade den Mitgliedern der Fraktion, die bis zuletzt offen gelassen haben, wen sie zum Ministerpräsidenten wählen und wen sie nicht zum Ministerpräsidenten wählen werden.

Horst Seehofer ist der ideale Kandidat. Ich bitte deshalb, ihn zu wählen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Die Fraktionen haben eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Ersten darf ich den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Kollegen Rinderspacher, ans Mikrofon bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der neue Landtag tritt heute zusammen, um einen Ministerpräsidenten zu wählen. Bei den Mehrheitsverhältnissen im Hohen Haus wird es dabei zu keiner Überraschung kommen. Umso notwendiger erscheint es, in aller Kürze und Prägnanz einige Verbesserungsvorschläge zu der heutigen Wahl zu machen.

Der SPD als größter Oppositionsfraktion ist es wichtig, deutlich zu machen: Wir sind an einem konstruktiven Dialog und einem guten Miteinander mit allen Fraktionen, auch mit der Regierungsmehrheit und auch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, sehr interessiert. Wir bedauern es, dass ein solcher Dialog von der CSU in den letzten Jahren überwiegend sehr konsequent blockiert wurde. Wir haben als SPD-Opposition im Bayerischen Landtag in den letzten Jahren immer wieder konkrete Vorschläge unterbreitet, die von der Mehrheitsfraktion ganz überwiegend brüsk, bisweilen auch arrogant zurückgewiesen wurden – häufig zum Nachteil des Landes, wie sich im Nachgang herausgestellt hat. Dabei wurde wertvolle Zeit für unser Land und dessen Weiterentwicklung vergeudet.

(Beifall bei der SPD)

Wie weit wären wir heute mit einem schnellen Internet, auch im ländlichen Raum, wenn die CSU die SPD-Anträge des vergangenen Jahrzehnts nicht abgelehnt hätte, sondern gesprächsbereit gewesen wäre?

(Beifall bei der SPD)

Wie weit wären wir heute mit der Energiewende in Bayern? Erst nach der Fukushima-Katastrophe kam die CSU aus dem Schützengraben der Atompolitik heraus und übernahm die bis dahin verteufelten SPD-Argumente und -Konzepte, großteils sogar im Wortlaut.

(Beifall bei der SPD)

Wie weit wären wir heute bei der Kinderbetreuung? Kinderbetreuung – das war für die CSU noch vor zehn Jahren sozialistisches Teufelszeug. Die Folge: Bayern liegt heute bei den Kinderkrippen im Bundesländervergleich nur auf Platz 12. Wie weit wären wir heute bei den Ganztagsschulangeboten, wenn die CSU dialogfähiger und gesprächsbereiter gewesen wäre? Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Der Freistaat Bayern liegt bei den Ganztagsschulangeboten im Bundesländervergleich nur auf Platz 14.

Meine Damen und Herren, wir haben im Plenarsaal und in den Ausschüssen unzählige parlamentarische Schlachten geschlagen, die uns viel Zeit in der parlamentarischen Arbeit gekostet haben. Dabei ist auch sehr viel wertvolle Zeit für die Weiterentwicklung des Freistaats Bayern vergeudet worden.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen gibt es für meine Ausführungen einen Kronzeugen, der heute selbst kandidiert; denn es war Horst Seehofer, der den programmatischen Rückstand seiner Partei gegenüber einer Münchner Tageszeitung auf zehn Jahre beziffert hat: Zehn Jahre Stillstand, zehn Jahre Rückschritt, zehn Jahre Behäbigkeit, zehn Jahre Blockadehaltung. Das ist das unrühmliche Attest, das der heutige Ministerpräsidenten-Kandidat seiner Fraktion und seiner Partei ins Stammbuch geschrieben hat.

(Alexander König (CSU): Wir haben das anders gesehen!)

Deshalb erneuern wir als SPD unser Angebot, für Gespräche zur Weiterentwicklung unseres Landes zur Verfügung zu stehen, auch über den üblichen parlamentarischen Rahmen hinaus.

Nun mögen Sie mir vorhalten: Wenn Herr Seehofer in den vergangenen Monaten und Jahren doch so viele SPD-Positionen kopiert und sich zu eigen gemacht hat, dann müssten die Sozialdemokraten in der Konsequenz seine Wahl heute eigentlich unterstützen. – Die SPD stimmt mit Nein; das wird Sie nicht überraschen. Ich will unser Nein mit drei knappen Punkten begründen.

Unsere Ablehnung in dieser grundlegenden Frage der Ministerpräsidentenwahl ergibt sich aus der Rollenzuweisung der Wählerinnen und Wähler. Herr Seehofer sagte am Wahlabend: Jeder zweite Bayer hat mich gewählt. Daraus ergibt sich auch: Jeder zweite Bayer hat Herrn Seehofer nicht gewählt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CSU: Oh!)

Das stimmt nicht einmal; denn von 9,4 Millionen Wahlberechtigten haben 6,5 Millionen Wähler Horst Seehofer und seine CSU nicht gewählt. 70 % der Wahlberechtigten haben Herrn Seehofer die Unterstützung verweigert. An seiner Politik gibt es Kritik im Lande, unabhängig davon, dass wir das Wahlergebnis respektieren.

(Widerspruch bei der CSU)

Diese Kritik findet mit unserer Ablehnung dieses Wahlvorschlags heute parlamentarische Resonanz.

(Reinhold Bocklet (CSU): Geschichtsklitterung!)

Meine Damen und Herren, es gibt auch inhaltliche Gründe dafür, diesem Ministerpräsidenten kein blindes Vertrauen zu schenken. Reden und Handeln stimmen bei Herrn Seehofer viel zu selten überein. Herr Seehofer hat in den vergangenen Jahren viele Versprechen und Zusagen gemacht, die er ganz offensichtlich nicht gehalten hat. Was ist aus dem Wahlversprechen "Mehr Netto vom Brutto" geworden? – Statt Entlastungen für viele gab es Steuergeschenke für wenige: für Hoteliers und gewinnstarke Finanzunternehmen.

Ein zweites Beispiel: Die Wehrpflicht sei der Markenkern der CSU, postulierte Herr Seehofer. Wenige Wochen später wurde die Wehrpflicht von genau jener CSU de facto abgeschafft.

Herr Seehofer stimmte dem Länderfinanzausgleich als Bundestagsabgeordneter im Bundestag höchstpersönlich zu, um später andere Parteien dafür verantwortlich zu machen, für ein bayernfeindliches und nicht verfassungskonformes Gesetz, das mit aus seiner Feder stammte.

Den Gewerkschaften versprach Herr Seehofer den Mindestlohn und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, um im Landtag und im Deutschen Bundestag dagegen Fronten aufzubauen.

Bei der Euro-Rettung zeigte er angebliche rote Linien auf, die nicht zu überschreiten seien. Parteifreund Peter Gauweiler hat diese roten Linien zeitnah richtig als "CSU-Wanderdüne" beschrieben.

Nach seiner Reise mit Journalisten in die Schweiz versprach Herr Seehofer, Bayern zum Land mit mehr Bürgerbeteiligung und mehr direkter Demokratie zu machen, ohne jedoch im Anschluss initiativ zu werden. Nein, er ließ sämtliche SPD-Gesetzesinitiativen abbügeln: Nein zum Informationsfreiheitsgesetz für transparentes Verwaltungshandeln, Nein zu einem bürgerfreundlichen Petitionsrecht, Nein zum bürgerfreundlichen Volksentscheid und Volksbegehren.

So sind viele Versprechungen Schall und Rauch geblieben, und die Positionswendungen des bayerischen Ministerpräsidenten waren, sind und bleiben unberechenbar. Deshalb bezeichnen Medien wie die "Zeit" oder der "Stern" Herrn Seehofer als eine Spielernatur.

Meine Damen und Herren, die Opposition hat den Ministerpräsidentenkandidaten, den Ministerpräsidenten in den vergangenen Jahren auch immer wieder bei dem einen oder anderen unsauberen politischen Manöver ertappt. Damit meine ich nicht seine Neigung, sogar politische Freunde bei den Medien anzuschwärzen und Herrn Söder gezielt in ein schlechtes Licht zu stellen. Wir erinnern uns - es liegt nur wenige Monate zurück -, dass Herr Seehofer Staatsminister Söder als charakterschwach und zu Schmutzereien neigend denunzierte. Mit "unsauberen" politischen Methoden meine ich auch nicht primär die unverhohlenen fortdauernde Medienschelte von Herrn Seehofer oder Zensuranrufe beim ZDF. Nein, es ist viel schlimmer: Herr Seehofer hat seine Staatskanzlei zu einer Art CSU-Wahlkampfzentrale umgearbeitet, wie sein bisheriger Stellvertreter am vergangenen Freitag gegenüber den Medien mit Insider-Wissen offenlegte.

Tatsächlich haben wir als SPD mit unserer Klage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof nachweisen können, dass Herr Seehofer in der Umfragenaffäre auf Steuerzahlerkosten CSU-Parteiarbeit finanzieren ließ. Es gab Rügen des Obersten Rechnungshofs und des Bundestagspräsidenten. Martin Zeil, der bisherige Stellvertreter, hat dies am vergangenen Freitag bekräftigt und bestätigt.

Meine Damen und Herren, die CSU-Mehrheit wird sich in der neuen Legislaturperiode nicht mehr hinter Koalitionsverträgen und hinter der FDP verstecken können. So war ihre Haltung beim Mindestlohn; so war auch ihre Haltung bei der Lockerung der stillen Feiertage.

(Alexander König (CSU): Das sind doch uralte Textbausteine!)

So war auch ihre Haltung bei der Verhinderung eines wirksamen Spielhallengesetzes. Die CSU wird in dieser Legislaturperiode aufgrund der klaren Frontstel-

lung hier im Bayerischen Landtag ihr Versteckspiel an der einen oder anderen Stelle beenden und klar Farbe bekennen müssen. Wir als Opposition werden Sie das eine oder andere Mal zum Schwur zwingen.

(Beifall bei der SPD)

Zu einer vernunftbegabten Opposition gehört auch, dass wir eine gute Politik dort, wo sie stattfindet, unterstützen. So haben wir das von uns lange ange-mahnte Annähern der Regierungen Bayerns und der Republik Tschechien sehr begrüßt. 15 Jahre lang hatten wir das als SPD im Bayerischen Landtag ange-mahnt. Wir schlagen vor, dass der bayerische Ministerpräsident als erste Amtshandlung unmittelbar im Anschluss an seine Wahl unsere tschechischen Nachbarn als Zeichen der Völkerverständigung und der guten Nachbarschaft besucht. Das wäre ein gutes und zu begrüßendes Signal, das unsere uneingeschränkte politische Unterstützung fände.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Plenarwoche erkläre ich für die SPD-Fraktion den Wahlkampf für beendet.

(Heiterkeit bei der CSU – Alexander König (CSU): Für gescheitert, nicht für beendet!)

Wir wurden gewählt, um zu arbeiten und Gemeinsamkeiten herauszukristallisieren.

Das darf ich zumindest für die SPD-Fraktion feststellen. Ich weiß nicht, wie Sie das handhaben werden. Aufgrund Ihrer Reaktion darf man da etwas anderes vermuten. Wir haben uns fest vorgenommen, im Parlament fair miteinander umzugehen

(Zurufe von der CSU: Oh!)

und eine gute parlamentarische, politische Kultur des besseren Arguments zu pflegen, auch im gegenseitigen Respekt.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört ganz selbstverständlich das offene Wort. Dazu gehört auch ein temperamentvoller politischer Schlagabtausch. So darf und so muss das in einer lebendigen Demokratie sein. Deshalb machen wir uns jetzt gemeinsam an die Arbeit für eine gute Entwicklung unserer Heimat Bayern! Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Aiwanger. – Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute kurz vor der Wahl des Ministerpräsidenten, der für die nächsten fünf Jahre den Kurs der bayerischen Landespolitik vorgeben wird. Als Opposition, die hier nur appellieren kann, ist es trotzdem unser Ziel, Sie, Herr zukünftiger Ministerpräsident, mit einigen Themen zu konfrontieren und Ihnen bei einer Reihe von Themen, die wir im Wahlkampf anders gesehen haben als Sie, einen Kurswechsel nahezu legen. Ich hoffe, wir werden diese Themen in den nächsten fünf Jahren durchhalten können. Ich hoffe auch, dass Sie auf einige unserer Themen eingehen werden, weil wir dann Bayern gemeinsam weiterentwickeln können.

Beginnen wir mit der Bildungspolitik. Wir haben immer kleinere Klassen und mehr Lehrer sowie mehr Verwaltungspersonal an den Schulen gefordert. Das war in Ihrer Fraktion bisher nicht mehrheitsfähig. Wir fordern darüber hinaus die Wiedereinführung eines wahlweise neunjährigen Gymnasiums. Sie haben bisher die Position vertreten, das Flexijahr würde reichen. Wir sind davon überzeugt: Das kann nicht das Ende der Entwicklung sein. Bitte sprechen Sie noch einmal mit uns über das Thema neunjähriges Gymnasium. Wir werden dazu unser Volksbegehren weiterführen.

(Zuruf von der CSU: Wie sind denn die Unterschriftenzahlen?)

Wenn Sie auf unsere Themen eingehen würden, könnten Sie uns Arbeit sparen helfen. Wir kämen dann schneller zu einem guten Ergebnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Weil Sie mit den Unterschriften beim Volksbegehren kokettieren: Sie haben letztes Mal bei hohem Schnee 14 % der bayerischen Bevölkerung in die Rathäuser stapfen und gegen die Studiengebühren unterschreiben lassen. Als diese Arbeit geleistet war, haben Sie dieses Thema mit einem Federstrich übernommen. Hätten Sie das vorher getan, hätten Sie uns und der bayerischen Bevölkerung Arbeit erspart und wären zum selben Ergebnis gekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Nächstes Thema: die Energiewende. Wir begrüßen, dass Sie die Abkehr von der Atomlaufzeitverlänge-

rung akzeptiert haben. Noch vor drei Jahren hat sich Schwarz-Gelb die Atomlaufzeitverlängerung auf ihr Schild geschrieben. Davon sind wir heute Gott sei Dank weg. Ich fordere Sie auf, diesen Weg konsequent weiterzugehen und nicht daran zu glauben, dass Sie mit überregionalen Leitungstrassen von Nord nach Süd, die bis zu 50 Milliarden Euro kosten sollen, das Energieproblem Bayerns lösen werden. Greifen Sie auf die eigenen Kapazitäten zurück – dazu gehört auch die Windenergie –, und zwar dort, wo sie akzeptiert ist. Ich bitte Sie auch darum, von dieser starren Regelung wieder abzuweichen, die lautet: mindestens zehnmals so viel Abstand von Wohnbebauung, wie die Windräder hoch sind. In vielen Fällen ist das zwar bei Bürgerinitiativen natürlich erwünscht, bedeutet in vielen Kommunen aber das Ende des Windkraftausbaus. Eröffnen Sie weiter die Chance dazu, und zwar dort, wo die Kommunen und Menschen das wollen.

Setzen Sie noch eins drauf: Gehen Sie in die Energiespeichertechnik! Setzen Sie nicht darauf, dass Sie nur mit überregionalen Leitungstrassen die Zukunft der bayerischen Energieversorgung sicherstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Ein weiteres wichtiges Thema ist für uns die Verkehrspolitik. Hier setzen wir darauf, dass Sie Verkehrsprojekte in Zukunft sehr viel kritischer sehen. Sie haben trotz des Bürgerentscheids gegen die dritte Startbahn noch in der Wahlnacht gesagt, wir wollen sie trotzdem bauen, und haben das auch in Ihr Wahlprogramm geschrieben. Mein Appell nochmal - -

(Horst Seehofer (CSU): Nein, steht nicht drin!)

- Es steht nicht drin? - Mein Appell lautet nochmal: Betrachten Sie den Nürnberger Flughafen als schon bestehende dritte Startbahn Bayerns. Stärken Sie den Flughafen Nürnberg. Überlegen Sie, ob wir wirklich eine dritte Startbahn brauchen, und seien Sie davon überzeugt: So sicher ist das nicht.

Wir FREIEN WÄHLER kämpfen gegen diese dritte Startbahn nicht, weil wir gegen den Flughafen sind, sondern weil wir sagen, dass wir dieses Projekt derzeit nicht brauchen. Was in 20 Jahren sein wird, soll in 20 Jahren entschieden werden. Wir müssen heute alles dafür tun, diese Verkehrsgigantomanie vor den Toren Münchens zu beenden. Sehen Sie also bitte die Pläne für den Bau einer dritten Startbahn in München sehr viel kritischer als bisher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Genauso appelliere ich an Sie, das Thema Donaustaustufe durchzuhalten, auch gegen die CSU Niederbayern, die meint, das Thema sei nur temporär aufgeschoben. Bitte betonieren Sie unsere Heimat nicht zu, bleiben Sie bei Ihrem Nein zur Donaustaustufe. Mit dieser Aussage ziele ich thematisch auch auf das Thema Hochwasser. Eine Donaustaustufe würde die Hochwassergefahr weiter vergrößern. Arbeiten Sie lieber daran, den Hochwasserschutz strategisch in den Griff zu bekommen, und verabschieden Sie sich von dieser Donaustaustufe: Die brauchen wir nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Ein weiteres großes Verkehrsprojekt, das in meinen Augen fast ein München 21 darstellt, ist die zweite Münchner S-Bahnrohre, die zweite Münchner Stammstrecke. Wir sagen ganz klar: Diese S-Bahnrohre ist nach dem derzeitigen Planungsstand ein Milliardenrisiko. Schauen Sie auch hier, bei diesem Thema, viel genauer hin, und sagen Sie nicht, wir bauen das, und das ist alles in Ordnung. Hier sind sehr viele Dinge ungelöst, die wir noch in den Griff bekommen müssen. Wir müssen ganz klar sagen, dass die Planung noch nicht ausreichend ist. Wir können diese Dinge nicht unterschreiben. Sie würden Bayern in ein Milliardenabenteuer stürzen, dessen Risiken noch nicht geklärt sind. Auch auf diesem Gebiet sollten Sie genau hinschauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich komme zum Thema Hochwasserschutz generell: Ich weiß nicht, inwieweit man Sie mit der Aussage konfrontieren kann, dass Sie hier eine schnellere Ent eignung der Bauern gefordert haben. Ich bitte Sie auch bei diesem Thema, die Grundstückseigentümer wirklich in die Diskussion mit einzubeziehen. Hochwasserschutz muss sein, aber bitte in Absprache mit den Eigentümern und als bayernweites Gesamtkonzept. Sehr häufig kann es sein, dass an den Quellen von Flüssen und Bächen mit sehr viel weniger Geld derselbe Effekt erreicht wird, wie wenn kurz vor einem Hochwasser in Gefährdungsgebieten gigantische Polder ausgewiesen, dort vielleicht Leute enteignet werden, und sehr viel Frust hervorgerufen wird. Das stellt eine bayernweite Aufgabe dar. Hierzu müssen auch die Wasserwirtschaftsämter wieder gestärkt werden, die in den letzten Jahren zurückgefahren worden sind und massiv Personal entlassen haben. Um mit den Menschen vor Ort reden zu können, brauchen wir genau dieses Personal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es geht uns weiterhin darum, dass Sie die Interessen Bayerns über die Landesgrenzen hinaus verteidigen. Wir FREIE WÄHLER sehen das ewige Thema Privatisierung der Trinkwasserversorgung sehr kritisch. Bitte schauen Sie auch Ihren Vertretern in Brüssel genau auf die Finger, die sich zu Hause gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung aussprechen, aber beispielsweise am 10. Dezember 2012 in Brüssel der Aufnahme des Trinkwassers in die Konzessionsrichtlinie für Dienstleistungen zugestimmt haben. Damit wurde Privatisierung auf diesem Gebiet möglich gemacht. Erst durch die öffentlichen Proteste sowie Unterschriftenaktionen wurde dieses Thema wieder zurückgedrängt.

Genauso erwähne ich an dieser Stelle die Themen Gentechnik und Hormonfleisch. Das sind Dinge, die eventuell auch über das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen nach Bayern hereingeführt werden sollten. Bitte verhindern Sie das. Bitte schauen Sie sehr genau darauf, dass Bayern hier nicht von außen gefährdet wird. Die klare Botschaft lautet: Die CSU muss Vorkämpfer für die Ablehnung der Gentechnik und Vorkämpfer für die Beibehaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung werden. Auf diesen Gebieten waren mir die Abgesandten in Brüssel und Berlin bisher nicht schussfest genug, Herr Ministerpräsident.

Ich glaube, dass wir allgemein zu einem politischen Stil kommen müssen. Ich habe zu Beginn der letzten Legislaturperiode vor fünf Jahren angemahnt, es möge hier keine Demarkationslinie zwischen Regierung und Opposition geben. Auch heute lautet mein Angebot an Sie, fair miteinander umzugehen, Themen vernünftig abzusprechen und nicht schon im Vorfeld zu sagen, das ist Blödsinn, nur weil es von der anderen Seite kommt. Wir sollen gemeinsam für die Zukunft Bayerns arbeiten.

Wir als FREIE WÄHLER reichen auch hier der stärksten Fraktion die Hand. Wir wissen: Gegen Sie ist hier nichts durchzusetzen, es sei denn über den Umweg eines Volksbegehrens und sonstige öffentlichkeitswirksame Aktionen. Sehr viel kann man vielleicht durch eine vernünftige Zusammenarbeit im Vorfeld klären. Wir glauben, Bayern hat große Aufgaben vor sich. Wir sind überzeugt: Gemeinsam schaffen wir das.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit in den nächsten fünf Jahren viel Erfolg und ein gutes Wahlergebnis. Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat die Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN, Frau Kollegin Bause, das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht die Regierung hält sich ein Parlament, sondern das Parlament bestimmt und kontrolliert die Regierung. Das hat Norbert Lammert bei der Eröffnung des letzten Deutschen Bundestages vor vier Jahren gesagt, und ich glaube, gerade am heutigen Tage ist es nötig, auf dieses grundlegende Prinzip unserer parlamentarischen Demokratie hinzuweisen. Denn das, was Sie, Herr Seehofer, in den letzten Tagen so veranstaltet haben, hat mit dieser demokratischen Grundregel nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Denn Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, lassen sich einfach diktieren, wer Ihr Vorsitzender sein soll,

(Unruhe bei der CSU)

und das ohne Diskussion. Das Überraschungsei aus der Staatskanzlei

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

wird Ihnen so aufs Auge gedrückt, und Sie nicken das einfach ab. Im "Münchner Merkur" habe ich gelesen, dass einer aus Ihren Reihen geseufzt hat: Früher waren wir von der CSU-Fraktion die Herzkammer der CSU, heute sind wir nur mehr die Besenkammer.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe bei der CSU)

Recht hat er! Das ist sehr treffend formuliert. Aber wenn Sie so mit sich umspringen lassen durch den absoluten Horst, dann können Sie es sich in Zukunft in der Besenkammer gemütlich einrichten. Bayern braucht aber ein selbstbewusstes, ein eigenständiges Parlament. Bayern braucht kein gefügiges Parlament. Auch Ihre Äußerung, Herr Seehofer - ich zitiere: "Opposition muss schon auch stattfinden" -, ist anmaßend, arrogant und völlig neben der Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Auf Ihre Gnade kommt es nicht an, Herr Seehofer. Die Opposition hat in der Verfassung garantierte Rechte, und diese Rechte nehmen wir wahr, diese Rechte schöpfen wir aus. Auf Ihre Gnade kommt es nicht an.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ohne Opposition gibt es keine Demokratie. Bayern braucht eine selbstbewusste, eine starke, eine offensive, eine schlagkräftige Opposition. Wir GRÜNE werden das sein, auch eine unbequeme Opposition, wenn es sein muss, das kann ich Ihnen versprechen.

Was steht an Aufgaben an in den nächsten fünf Jahren? Es ist vieles unerledigt geblieben. Die Energiewende ist eines der herausragenden Themen. Hier brauchen wir endlich Verlässlichkeit. Hier brauchen wir endlich Planbarkeit. Mit Ihrer Politik, Herr Seehofer, und auch der Politik der CSU haben Sie es gerade geschafft, dass die Unternehmen nicht mehr wissen, worauf sie sich verlassen können, dass die Planungen, die jahrelang vorangetrieben wurden, plötzlich infrage stehen, dass Planungen, die schon auf einen guten Weg gebracht wurden, jetzt wieder zur Diskussion stehen. Sie haben ganz viele Menschen verunsichert, sie haben den Weg der Energiewende verunsichert. Deswegen brauchen wir bei der Energiewende endlich Planbarkeit und Verlässlichkeit; ansonsten werden wir es nicht schaffen, diese Mega-Aufgabe der Energiewende – Sie selbst haben einmal von einem "Generationenprojekt" gesprochen – mit einer Politik "ein Schritt vor, zwei Schritte zurück" zu bewältigen. Damit werden wir eine riesige Chance für Bayern vertun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es richtig, zu einer Bündelung in der Zuständigkeit für die Energiepolitik zu kommen. Bisher ist sie auf fünf verschiedene Ministerien verstreut: das Umweltministerium, das Wirtschaftsministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Innenministerium, auch die Staatskanzlei ist mit dabei. Es ist klar, dass da keine Politik aus einem Guss herauskommen kann. Deswegen fordern wir die Bündelung der Energiepolitik in einem Ministerium, am besten zusammen mit der Umweltpolitik im Umweltministerium, weil wir da natürlich die größten Zielkonflikte haben. – Herr Huber nickt schon. Ich hoffe, Sie sind der nächste Umweltminister. Es gibt schlimmere als Sie.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Das hat Ihnen jetzt geschadet, ich weiß. - Wir müssen über die Energiewende im Zusammenhang mit der Umweltpolitik nachdenken. Herr Seehofer, als ich gehört habe, wie Sie plötzlich Ihre Liebe zur bayerischen Landschaft entdeckt haben, indem Sie vor der "Verspargelung" durch Windräder gewarnt haben, da hätte ich mir schon gewünscht, dass Sie auch bei der Vielzahl von Straßenbauprojekten in Bayern Ihre Liebe zur bayerischen Heimat und zur bayerischen Landschaft entdeckt hätten, oder beim Bau der dritten Startbahn am Münchner Flughafen oder bei den vie-

len überdimensionierten Gewerbegebieten, wo immer mehr schöne Landschaft zerstört und zubetoniert wird. Wo bleibt da Ihre Liebe zur bayerischen Landschaft? – Da hätten wir darauf gewartet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Natürlich sind die Energiewende und auch die Windenergie ein Beitrag zur Bewahrung unserer bayerischen Landschaft. Wir wissen, dass wir aufgrund des Klimawandels in den nächsten Jahren immer mehr Extremwetterereignisse zu befürchten haben. Wenn ich mir ansehe, wie Hochwasser oder auch Dürren nicht nur unsere Landschaft, sondern auch menschliche Existenzen zerstören, dann meine ich, es ist längst an der Zeit, dass wir eine klare, geradlinige und verlässliche Politik machen für 100 % erneuerbare Energie bis 2030.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen sollten Sie endlich Ihre Pläne zur Abstandsregelung zurücknehmen. Im Bundesrat haben Sie die Angelegenheit mehrfach verschoben, weil Sie wissen, Sie haben keine Mehrheit dafür. Sie sollten aber auch die Anweisung an die Behörden zurücknehmen; denn das ist eine klare Aufforderung zum Rechtsbruch.

Die Pläne, die jetzt vorangetrieben werden, sollten wir unterstützen. Wir sollten in jedem einzelnen Fall versuchen, mit den Betroffenen die bestmögliche Lösung zu finden, aber das Ziel muss sein, dass wir die Energiewende zum Gelingen bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zweite Baustelle ist die Bildungspolitik. Hier gibt es zwei Punkte, auf die wir achten müssen. Der eine ist, dass wir es endlich schaffen müssen, die Kinder von dem zunehmenden Druck in der Schule zu befreien. Wir klauen den Kindern ihre Kindheit. Wenn Sie mit den Familien reden, wenn Sie mit den Eltern reden, wenn Sie mit den Lehrern reden, wenn Sie mit den Kindern reden, dann wissen Sie, dass wir mit dieser Flickschusterei, wie wir sie leider in den letzten Jahren erleben mussten, nicht weiterkommen.

Wir brauchen ein Umsteuern in der Bildungspolitik. Wir müssen es schaffen, dass es nicht einen immer schnelleren Wettlauf um die Noten und den Übertritt gibt, sondern dass wir den Kindern ihre Kindheit gönnen, dass wir ihre Kreativität und ihre Kompetenz in der Problemlösung fördern. Das ist das, was Kinder im 21. Jahrhundert brauchen, und nicht mehr Druck und mehr Paukerei. Deswegen müssen wir endlich zu

Schulen kommen, die den Kindern Mut und nicht Druck machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann brauchen wir in der Tat insgesamt in der Politik in Bayern mehr Verlässlichkeit. Es hilft eben nicht, zu sagen, beim Donauausbau machen wir jetzt einmal ein Moratorium und dann schauen wir mal, was in den nächsten fünf Jahren passiert. Die Menschen vor Ort müssen wissen, worauf sie sich einzustellen haben. Es muss endlich klar sein: Es geht um den sanften Donauausbau, verbunden mit Hochwasserschutzmaßnahmen, und nicht um ein weiteres Moratorium. Deswegen fordern wir Sie auf: Leiten Sie endlich die nötigen Planungsschritte für den sanften Donauausbau ein. Nur dann ist die Sache unumkehrbar, und nur dann haben die Menschen Klarheit.

Das Gleiche gilt für die dritte Startbahn am Münchner Flughafen. Wir fordern Sie zum wiederholten Male auf: Akzeptieren Sie das Votum des Bürgerentscheids, streichen Sie die dritte Startbahn aus dem Landesentwicklungsplan, und nehmen Sie damit das Damoklesschwert von den Menschen in der Region! Auch hier braucht es endlich Klarheit und Verlässlichkeit in der bayerischen Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt: die Flüchtlingspolitik. Ich glaube, die Katastrophe von Lampedusa hat uns allen einen Schock versetzt. Papst Franziskus spricht von einer Schande für uns, von einer Schande für Europa. Währenddessen reist Ihr Bundesinnenminister nach Brüssel und will noch mehr Abschottung, will noch mehr Ausgrenzung und will damit noch mehr Opfer. Ich fordere Sie auf: Kommen Sie endlich dazu, in Bayern, im Bund und in Europa Ihre Flüchtlingspolitik grundlegend zu überdenken und zu ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seehofer, Sie haben uns am Wahlabend die Kooperation angeboten, wenn es um Projekte zum Wohle Bayerns geht. Wir sind gespannt auf Ihre Vorschläge zur Kooperation. Aber zum Wohle Bayerns gehört ein Ende der Beliebigkeit, zum Wohle Bayerns gehören heftige, intensive und strittige Debatten über die Zukunft unseres Landes, darüber, wie wir unseren Wohlstand erhalten können, wie wir die Lebensqualität erhalten können, wie wir unsere Natur und Heimat erhalten können. Und zum Wohle Bayerns gehört eine starke Opposition, die der absoluten Mehrheit der CSU Grenzen setzt. Wir freuen uns darauf.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der CSU-Fraktion. Herr Kollege Kreuzer, bitte.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! So, das war sie also, die erste Debatte in diesem neuen Landtag. Sie hat gleich mit einem richtigen Knaller begonnen vom Kollegen Rinderspacher, der doch tatsächlich erklärt hat, mit dem heutigen Tag ist der Wahlkampf beendet.

(Heiterkeit bei der CSU)

In Wirklichkeit hat er eine Wahlkampfreden gehalten, Fortsetzung des Wahlkampfs mit allen alten Themen

(Alexander König (CSU): Und allen alten Textbausteinen!)

- Sie haben es gehört – und auch noch allen alten Textbausteinen aus der letzten Legislaturperiode.

(Beifall bei der CSU)

Es geht um das Schlechtreden des Landes. Ich habe von Ihnen keinen einzigen Vorschlag und keine einzige Anregung in der Sache gehört. Sie haben offensichtlich nicht bemerkt, dass genau das die Wählerinnen und Wähler am 15. September abgestraft haben, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

Trotz des Wahlergebnisses lautet Ihr Programm offensichtlich "Weiter so!". Wenn Sie wirklich so weitermachen, wünsche ich Ihnen gute Reise.

Herr Aiwanger hat sich bemüht, kontroverse Sachthemen anzusprechen, die wir schon diskutiert haben und bei denen wir nicht einer Meinung sind. Aber es führt heute allein schon aufgrund der Redezeit zu weit, sich damit inhaltlich auseinanderzusetzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben zehn Minuten!)

- Herr Aiwanger, wir müssen in die Geschäftsordnung des Parlaments blicken. Heute steht die Wahl des Ministerpräsidenten an. In wenigen Wochen folgt die Aussprache zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Dann werden wir genügend Zeit haben, uns mit diesen Sachthemen auseinanderzusetzen. So ist es parlamentarischer Brauch.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Bause hat teilweise Sachthemen angesprochen. Ein ernstes Thema und das einzige, worauf ich eingehen will, ist die Flüchtlingspolitik. Es wird

komplizierter, allein aufgrund der stark steigenden Zahl der Flüchtlinge. Ich sage aber auch: Die Bundesrepublik Deutschland und auch der Freistaat Bayern haben im europäischen Vergleich einen überproportionalen Anteil zur Lösung dieser Problematik beigetragen. Bitte erwecken Sie keinen gegenteiligen Eindruck.

(Beifall bei der CSU)

Hinsichtlich der restlichen Sachthemen habe ich erfreut festgestellt, dass Sie hauptsächlich auf Umweltthemen eingegangen sind. Hiermit können wir uns besser auseinandersetzen als mit den bisher aktuellen Themen wie der Steuererhöhungsdebatte oder dem Veggie-Day. Dies verspricht ein guter sachlicher Ansatz für diese Periode zu werden, Frau Kollegin Bause.

(Beifall bei der CSU – Dr. Linus Förster (SPD): Fortführung des Wahlkampfes!)

- Das ist kein Wahlkampf; das ist eine Erwiderung auf das, was gesagt worden ist. - Zum Schluss, Frau Kollegin Bause, bitte ich Sie: Machen Sie sich keine Sorgen um die Mitglieder der CSU-Fraktion. Sie haben ihren Vorsitzenden mit 98 % bestimmt und gewählt.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) – Lachen bei der CSU)

- Frau Gote, Sie müssen sich in Ihre neue Rolle als Präsidentin des Parlaments erst noch einfinden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich glaube nicht, dass Sie hier Mitleid verdient haben. Sie haben sich genug Sorgen um Ihre Partei zu machen bzw. um das, was zum Beispiel in Berlin noch an Führungspersonal übrig ist. Das wäre wesentlich angezeigter.

Meine Damen und Herren, ich verspreche Ihnen bezüglich dieser Sachthemen, dass wir uns in diesem Parlament fair auseinandersetzen werden. Das heißt nicht, dass wir immer gleicher Meinung sein können, aber wir werden uns die Zeit nehmen, die Fragen zu diskutieren. Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren: Die Menschen in Bayern, die die heutige Debatte im Fernsehen gesehen haben, sind überzeugt davon, dass sie am 15. September richtig gewählt haben, und überzeugt davon, dass sie Horst Seehofer als Ministerpräsidenten wollen, vielleicht noch einige mehr als am 15. September.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Kreuzer, darf ich Sie bitten, für eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Bause noch einmal ans Redepult zu kommen?

(Thomas Kreuzer (CSU): Gibt es das hier?)

- Ja, wir sind in der Aussprache. Bitte schön.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Kreuzer, Sie haben gerade gesagt, Deutschland und Bayern würden überproportional Flüchtlinge aufnehmen. Ich möchte Ihnen die aktuelle Statistik zur Kenntnis geben, weil das immer wieder falsch behauptet wird. Der europaweite Vergleich der Zahlen der Asylbewerber pro 1.000 Einwohner zeigt, dass Deutschland 0,95 aufnimmt, Zypern 1,9, Norwegen 1,94, Österreich 2,07, Belgien 2,54, die Schweiz 3,58, Luxemburg 3,9, Schweden 4,63 und Malta 4,98. Nehmen Sie die Fakten zur Kenntnis, und reden Sie kein falsches Zeug.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben sich auf eine Statistik bezogen, die einen relativ kurzen Zeitraum abbildet. Ich erinnere daran, dass wir immer schon unserer Verantwortung gerecht geworden sind. Zu nennen ist beispielsweise unsere Flüchtlingspolitik in Bezug auf das ehemalige Jugoslawien. Damals haben wir riesige Kontingente an Flüchtlingen aufgenommen. Ich bitte Sie auch, Frau Kollegin Bause, die absoluten Zahlen zu nennen und auszuführen, wie viele Flüchtlinge in Bayern sind, wie viele in Deutschland sind und wie viele in Malta sind. Danach werden wir Ihren Beitrag beurteilen können.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen nun zur Wahl. Bitte verwenden Sie dazu den amtlichen Stimmzettel und die gelbe Namenskarte. Die Urnen stehen bereit. Ich darf Sie bitten, sowohl die Namenskarten als auch die Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Schriftführern und Mitarbeitern des Landtagsamts auszuhändigen. Nur so kann der ordnungsgemäße Ablauf des Wahlgangs sichergestellt werden. Nach § 42 Absatz 3 der Geschäftsordnung erfolgt die Wahl durch Kennzeichnung des Stimmzettels mit dem Namen oder mit einem der Worte "Ja", "Nein" oder "Enthaltung". Ich bitte, mit der Wahl zu beginnen. Dafür stehen fünf Minuten zur Ver-

fügung. Vorgeschlagen ist Herr Ministerpräsident Seehofer.

(Stimmabgabe von 10.46 bis 10.51 Uhr)

Ich schließe den Wahlgang. Ich bitte, die Stimmzettel auszuzählen. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

(Unterbrechung von 10.51 bis 10.59 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich darf Ihnen nun das Wahlergebnis bekannt geben. 176 Abgeordnete haben sich an der Abstimmung beteiligt. Mit Nein haben 70 Abgeordnete gestimmt. 5 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Ein Stimmzettel war ungültig. Damit fielen auf Ministerpräsident Horst Seehofer 100 Stimmen. Herr Ministerpräsident, damit sind Sie erneut zum Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern gewählt worden.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU – Ministerpräsident Horst Seehofer nimmt Gratulationen von den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden und weiteren Abgeordneten entgegen)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, Artikel 56 der Bayerischen Verfassung schreibt vor, dass der Ministerpräsident vor seinem Amtsantritt den Eid auf die Verfassung leistet. Sie sind dazu bereit. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Ministerpräsident, ich spreche Ihnen nun die Eidesformel vor:

Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich schwöre Treue der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.

(Lang anhaltender stehender Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, im Namen des Hohen Hauses, aber auch ganz persönlich, darf ich Ihnen sehr, sehr herzliche Glückwünsche aussprechen. Für Ihr verantwortungsvolles Amt wünschen wir Ihnen immer die nötige Kraft, Zuversicht und Optimismus. Wir wünschen Ihnen auch viele Menschen, die Sie mit vielen Anregungen für Ihre Arbeit begleiten. Wir im Parlament wollen die Regierung, wie ich bereits gestern sagte, selbstverständlich kontrollieren. Wir wollen aber auch einen konstruktiven Beitrag leisten. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird uns nicht bange. Der bisherige Ministerpräsident war noch nicht Mitglied dieses Hohen Hauses, doch er war präsent und hat sich nicht nur am Parlamentsgeschehen beteiligt, sondern er hat aktiv mitgearbeitet. Wir sind also guten Mutes, es kann fast nicht mehr besser werden. Herzlichen Glückwunsch, Herr Ministerpräsident.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, ich möchte in den Glückwunsch und den Dank Ihre Familie ausdrücklich einbeziehen. Liebe Frau Seehofer, auch Ihnen Dank und Glückwunsch. Wir wissen, auch auf Sie warten viele Aufgaben. Ihnen und Ihrer Familie alles Gute und für die Zukunft der ganzen Familie Seehofer Gottes reichen Segen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ministerpräsident Horst Seehofer: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für das Vertrauen, das mir die Mehrheit dieses Hauses ausgesprochen hat. Ich werde mit voller Kraft, wie bisher auch, und nach bestem Wissen und Gewissen die vollen nächsten fünf Jahre für die Zukunft Bayerns arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Nachdem heute erklärt worden ist, dass der Wahlkampf, der hinter uns liegt, offiziell abgeschlossen ist – diese Erklärung war auch angezeigt und notwendig –, möchte ich heute auch von dieser Stelle aus meinem Herausforderer, dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, für einen fairen Wettstreit im Wahlkampf danken.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke, die gewachsene Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl hat gezeigt, dass die Bevölkerung mit

dieser Art, mit diesem Stil eines munteren und interessanten, aber von gegenseitigem Respekt getragenen Wahlkampfes sehr einverstanden war.

(Beifall bei der CSU)

Wir, die CSU und meine Person, haben bei der Landtagswahl am 15. September in einem außergewöhnlich hohen Maß das Vertrauen der bayerischen Bevölkerung bekommen. Ich möchte heute der gesamten Öffentlichkeit noch einmal versichern, dass wir in den nächsten fünf Jahren mit diesem Vertrauen verantwortungsvoll umgehen werden. Bayern, so steht es schon am Anfang der Bayerischen Verfassung – und es lohnt sich gelegentlich, die Verfassung zu lesen –, ist ein Volksstaat. Und dort ist zu lesen: Der Staat dient dem Gemeinwohl. Man kann es auch übersetzen: Das Vertrauen ist die Währung der Politik. Ich werde mich auch in den nächsten fünf Jahren nicht rechtfertigen, wenn wir hier im Bayerischen Landtag die Politik nach dem Willen der bayerischen Bevölkerung bestimmen. Bayern ist ein Volksstaat, und wir haben uns in diesem Hause nach dem Gemeinwohl zu richten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die bayerische Bevölkerung kann sich deshalb darauf verlassen, dass die Mehrheitsfraktion und die künftige Bayerische Staatsregierung jeden Punkt unserer Wahlzusagen, unserer Wahlaussagen und unseres Bayernplans in den nächsten fünf Jahren hier so realisieren werden, wie wir das der Bevölkerung versprochen haben. Ich sage noch einmal: Vertrauen ist die Währung der Politik. Wir wollen dieses Vertrauen unserer Bevölkerung nicht enttäuschen. Das ist der wichtigste Auftrag, den wir haben.

Ich biete auch heute wie schon am Wahlabend der Opposition eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Das heißt, wir sollten fair miteinander umgehen. Die Kraft der Argumente sollte hier im Hause entscheidend sein und nicht die persönliche Herabsetzung. Ich kann Ihnen zusagen, dass wir Sie mit Informationen und Auskünften so begleiten werden, wie dies für die Opposition erforderlich und angezeigt ist, damit Sie Ihre Arbeit gut machen können.

Wir haben vor etlichen Jahren, 1998, Artikel 16 a in unsere Verfassung eingefügt, wonach die parlamentarische Opposition ein grundlegender Bestandteil der parlamentarischen Demokratie ist. Diese Vorgabe haben nur wenige Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland. Das achten und respektieren wir, und danach richten wir unsere Arbeit aus. Darauf können Sie sich verlassen. Diese vertrauensvolle Art der Zusammenarbeit hat sich schon während des Wahlkampfes gezeigt, als dieses Haus in der Lage war,

mehrere für Bayern wichtige und zentrale Verfassungsänderungen mit einer Zweidrittelmehrheit zu beschließen. Wir haben uns bei diesen Verfassungsänderungen nach dem Willen der Bevölkerung gerichtet. Das zeigt auch die Tatsache, dass die bayerische Bevölkerung am 15. September diesen Verfassungsänderungen ebenfalls mit überwältigender Mehrheit zugestimmt hat.

Was ich allerdings auch sagen möchte, ist Folgendes: Wir haben diese grundlegende Bedeutung der Opposition in der Bayerischen Verfassung stehen. In der Bayerischen Verfassung steht allerdings auch, dass der Landtag mit Mehrheit entscheidet. In der Verfassung steht auch, dass die Bayerische Staatsregierung die oberste leitende und vollziehende Behörde im Freistaat Bayern ist. Aus diesen Regeln entsteht für die Demokratie eine Funktionsweise, die in allen parlamentarischen Demokratien auf dieser Welt zu Hause ist: Wenn eine Verständigung zwischen Opposition und Regierung oder Mehrheitsfraktion nicht möglich ist, entscheidet nach den parlamentarischen Grundregeln eine Mehrheit.

Es ist in einer parlamentarischen Demokratie die Normalität, dass wir als künftige Regierung und ich als Regierungschef die Aufgabe haben, unser Land zu leiten und zu führen und dem Landtag zur Debatte vorzulegen und eine Meinungsbildung darüber herbeizuführen, wohin in den nächsten fünf Jahren die Reise gehen soll. Ich betrachte es nicht als unanständig und auch nicht als Missbrauch einer Macht, wenn im Falle der Nichteinigung die Mehrheit des Parlaments entscheidet. Das muss man ein für alle Mal sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden immer wieder versuchen, eine Zusammenarbeit herzustellen. Manche Wortbeiträge waren heute durchaus schon in die Zukunft gerichtet und geben Anlass zur Hoffnung. Wir sollten uns bei existenziellen und grundlegenden Fragen für unsere Heimat Bayern um Übereinstimmung bemühen. Das sind Fragen, wie wir unsere bayerischen Interessen gegenüber dem Bund in Berlin und gegenüber Europa in Brüssel wahrnehmen wollen. Ich hoffe, dass es dabei Übereinstimmungen geben wird. Sie müssen auch daran denken, dass es in den nächsten Wochen in Berlin möglicherweise Regierungsbildungen geben wird, die Sie veranlassen könnten, hier etwas anders zu reden als heute.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie vielleicht auch, Herr Ministerpräsident! Das ist wechselseitig!)

- Das warten wir einmal in aller Gelassenheit ab. Ich lade Sie aber vor allem ein, dass Sie, wenn möglich,

an der Seite der Mehrheitsfraktion und der Regierung stehen, wenn es um unsere Interessen in Berlin und in Brüssel geht.

Wir sollten uns auch immer um Gemeinsamkeit bemühen, wenn es um die Kernfragen unseres Landes geht, die nirgendwo so schön beschrieben sind wie in der Präambel unserer Bayerischen Verfassung, bei der es im zweiten Absatz unter anderem heißt, dass wir dafür sorgen sollen – das ist ein ständiger Auftrag –, "die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern". Immer dann, wenn es um Freiheit, um Frieden, um Menschlichkeit und Gerechtigkeit und um die Durchsetzung von Recht und Ordnung in unserer Gesellschaft geht, wenn es also um diese Kernbereiche unseres Gemeinwesens geht, sollten wir uns darum bemühen, in diesem Hause eine Übereinkunft herbeizuführen. Ich lade Sie dazu ein. Wir sind dazu bereit.

Ich möchte allerdings auch das unterstreichen, was Kollege Aiwanger gesagt hat: Die Auseinandersetzung zwischen Oppositions- und Mehrheitsfraktion muss fruchtbar, bunt und dynamisch sein. Seit 40 Jahren ist meine Lebensphilosophie: Wenn alle das Gleiche denken, denkt niemand mehr gründlich. Gegen Opposition in der rechten Form und im rechten Stil ist nichts einzuwenden, Herr Rinderspacher.

Ich sage Ihnen eine persönliche Erfahrung: Die Bevölkerung hat uns, der CSU und mir persönlich, in hohem Maße Vertrauen ausgesprochen. Das Wichtigste ist es nach einem Wahltag, das Wählervotum sowohl im Positiven wie auch im Negativen zu akzeptieren. Wenn man nach einer Wahl ohne Rücksicht auf das Wählervotum so weitermacht wie zuvor, liegt darin möglicherweise schon der Keim für eine weitere Wahlniederlage.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage das in aller Gelassenheit, weil mich viele Aussagen heute an das erinnert haben, was wir im Landtag in der letzten Legislaturperiode erlebt haben. Lasst uns also einen gewissen Neuanfang starten! Es geht schlicht und einfach darum, Bayern zu dienen und unsere Zukunft zu gestalten. Ich lade Sie ein - die Opposition genauso wie meine Fraktion -, dass wir dies in den nächsten Jahren gemeinsam tun, und das in einem Politikstil, der der Bevölkerung verdeutlicht, dass wir alle miteinander ein anspruchsvolles Amt haben. Deswegen stehe ich auch immer auf der Seite der Parlamentarier. Ich war selbst 30 Jahre lang Parlamentarier im Deutschen Bundestag. Die Parlamentarier leisten ohne jede Einschränkung eine sehr wichtige Arbeit für die Willensbildung in unserem Lande und für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhält-

nisse. Wir Parlamentarier haben überhaupt keinen Anlass, für manche als Fußabstreifer zu dienen. Wir können schon mit Selbstbewusstsein und Stolz auf das schauen, was wir leisten. Das gilt für das ganze Parlament, egal ob Opposition oder Regierungsfraktion.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Wir sollten auch vermitteln, dass uns niemand zwingt, diese Ämter auszuüben. Gelegentlich wird das nämlich vergessen. Wenn ich Politikerinnen und Politiker höre, wie sie über ihr Tun reden, wäre meine Antwort immer: Es zwingt euch niemand, das zu tun. Deshalb wäre es bei aller Ernsthaftigkeit parlamentarischer Debatten zum Start in diese neue Legislaturperiode ein Wunsch von mir, der Bevölkerung zu vermitteln, dass wir unser Mandat mit Freude ausüben und an unserer Arbeit Freude haben. Wir dürfen durchaus fröhlich sein, ohne dass wir gleich hinterherschoben müssen: Das war nur ein Scherz, das war nur Spaß, das müsst ihr richtig verstehen. Die Menschen sollten uns als ernsthafte Gestalter der Zukunft, aber auch als Persönlichkeiten erleben, die an ihrem Tun Freude haben. Das müssen wir der Bevölkerung vermitteln.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf auch noch eine Brücke zur letzten Legislaturperiode schlagen. Als Ministerpräsident habe ich das Parlament mit dem Satz in den Wahlkampf verabschiedet: "Für mich war Wahlkampf immer ein Jung-

brunnen." So habe ich ihn erlebt, und so fühle ich mich auch heute. Deshalb glaube ich an die Chance – da bin ich etwas vorsichtig -, dass auch die nächsten fünf Jahre gute Jahre für den Freistaat Bayern werden. Das wünsche ich unserer Bevölkerung. Dazu brauchen wir auch eine Portion Glück und Gottes Segen. Wir werden uns immer darum bemühen und danach trachten, dass wir die Lebensqualität und die Lebensperspektiven für die Menschen im Freistaat Bayern verbessern und sichern. Das ist unser Ziel. Dafür werden wir arbeiten. Ich bin sicher, dass mich meine Fraktion auf diesem Weg uneingeschränkt unterstützt.

Ich lade die Opposition dazu ein, dass sie in diese Unterstützung wenigstens partiell ab und an mit einsteigt. Dann werden wir eine gute Legislatur erleben. Danke. – Gott mit dir, du Land der Bayern!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich verbinde diesen Dank nochmals mit herzlichen Glückwünschen, vor allen Dingen wünsche ich gesundheitlich alles Gute.

Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist geschlossen. Wir sehen uns am 10. Oktober wieder.

(Schluss: 11.21 Uhr)